

Bern

Jeden Abend Präsenzkontrolle

Asylwesen Der Kanton Solothurn tut bereits, was Bern dieses Jahr mit dem umstrittenen Rückkehrzentrum in Prêles einführen will: Abgewiesene Flüchtlinge werden in ein abgelegenes Zentrum gebracht. Was bedeutet das?



Das kantonale Nothilfezentrum für abgewiesene Flüchtlinge in Solothurn steht auf dem Balmberg im Solothurner Jura. Foto: Franziska Rothenbühler

Noah Fend

Die Strasse ist so eng, dass Ausweichbuchten nötig sind. «Eisglätte möglich», meldet das Auto mit einem hohen Pieps-ton. Auf über 1000 Meter im Solothurner Jura liegt der Balmberg. Im Sommer kommen Biker und Seilparkbesucher, im Winter lockt ein Skilift ein paar Schneesportler an. Mittendrin und doch abgelegen: das kantonale Nothilfezentrum für abgewiesene Asylsuchende. Es bietet Platz für 50 Personen. Derzeit sind hier über 40 Männer aus 18 Ländern untergebracht.

Was im Kanton Solothurn bereits gängige Praxis ist, wird nun auch im Kanton Bern eingeführt. Flüchtlinge mit negativem Asylentscheid werden aus den Gemeinden und Integrationsprogrammen genommen und in ein abgelegenes Zentrum gebracht. Bis sie ausreisen. Oder untertauchen. «Die Betroffenen sollen die Zäsur nach der

«Betroffene sollen die Zäsur nach der rechtskräftigen Wegweisung spüren.»

David Kummer

Abteilungsleiter Amt für soziale Sicherheit Kanton Solothurn

rechtskräftigen Wegweisung spüren», erklärt David Kummer, Abteilungsleiter beim Amt für soziale Sicherheit des Kantons Solothurn. Es solle «kein Anreiz zum weiteren Verbleib in der Schweiz» geschaffen werden.

Balmberg mal acht, das gibt ungefähr Prêles. Dort soll noch dieses Jahr im ehemaligen Jugendheim das kantonale Rückkehrzentrum in Betrieb genommen werden, mit 350 bis 450 Plätzen. Das sind andere Dimensionen als auf dem Balmberg. Dennoch zeigt das Solothurner Zentrum im Kleinen, was den Kanton Bern im Grossen erwarten könnte. Und auch hier war wie derzeit in Prêles die Einrichtung hoch umstritten. Doch das Regime hat sich mittlerweile bewährt und wird auch von linken Kreisen akzeptiert (siehe Zweittext).

Das Zentrum auf dem Balmberg erinnert an ein altes, etwas heruntergekommenes Lagerhaus. Da und dort fehlt eine Leiste, Fenster und Türen sind et-

was klapprig, die Küchenkombination verbeult. Die Gänge sind kahl, ein bisschen wohnlicher ist es in den beiden Aufenthaltsräumen mit je einem Fernseher und Sofas. Geschlafen wird in Vier- und Sechszimmern. Im Keller gibt es einen kleinen Kraftraum.

Ämtli für die Sicherheit

Die «Klienten», wie Christoph Leimer, der die Unterkunft seit neun Jahren leitet, die abgewiesenen Asylsuchenden nennt, haben keine Tagesstruktur. Einmal pro Woche erhalten sie Geld. Neun Franken pro Tag und Person, dazu ein Busbillet nach Solothurn und zurück. «Sie erledigen Putz- oder Wäschämtli und müssen selber kochen. Das bestimmt ihren Tag», sagt Leimer.

Das kleine Zentrum kann gut betreut werden. In der Regel sind 4 Betreuer anwesend. Das ist mindestens eine Betreuungsperson pro 12,5 Flüchtlinge. «Klar, wir haben immer wieder auch mit der

Polizei zu tun», sagt Leimer. Beispielsweise nach Schlägereien. Grundsätzlich reichten die Betreuung und das geringe Mass an Beschäftigung aber als Sicherheitsmassnahme.

Ein gleiches Betreuungsverhältnis dürfte im viel grösseren Prêles kaum realisierbar sein. Kein Geld, keine Struktur und viel Zeit wird aber auch in Prêles den Alltag der Betroffenen bestimmen. Markus Aeschlimann, Geschäftsführer des Amtes für Migration und Personenstand (MIP) des Kantons Bern, schreibt auf Anfrage, die Sicherheit werde durch einen internen Sicherheitsdienst mit Kantonspersonal gewährleistet. Geprüft werde zudem der Einsatz eines zusätzlichen externen Sicherheitsdienstes.

Auf dem Balmberg gibt es klare Regeln: keine Drogen, kein Alkohol, keine Zigaretten und keine Gewalt, jeden Abend Präsenzkontrolle. Wer dagegen verstösst, wird verwarnet. Bei Gewaltanwendung oder bei zu vielen Verwarnungen erhalten die Klienten Hausverbot. Ähnlich wird auch das Zentrum auf dem Tessenberg in Prêles funktionieren. «Das Nichtbefolgen der Hausordnung kann mit Sanktionen bis zum vorübergehenden Ausschluss aus dem Zentrum geahndet werden», schreibt die Polizei- und Militärdirektion (POM). Nach einem Verweis kann erneut ein Nothilfegesuch eingereicht werden.

Probleme bei der Wegweisung

Das tun einige. Immer wieder tauchen Betroffene aber auch ab. «Das kommt im Bereich der Nothilfe regelmässig vor», bestätigt Kummer. Im Keller auf dem Balmberg sind rund ein Dutzend schwarze Säcke gelagert. «Darin ist der Besitz von Personen, die im letzten halben Jahr abgetaucht sind», erklärt Leimer. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe befürchtet, dass durch die Unterbringung in Wegweisungszentren mehr Leute abtauchen könnten.

Gründe für Probleme beim Vollzug können auch gesundheitliche Probleme der Betroffenen oder fehlende Rückübernahmeabkommen sein. Betroffene bleiben dann länger im Rückkehrzentrum. Zwar sei fast die Hälfte der aktuellen Klienten erst 2019 eingetreten, sagt Kummer. Unter den gut 40 Klienten befinden sich aber auch über ein Dutzend Leute aus Ländern ohne Rückübernahmeabkommen. Aus Eritrea, Marokko oder dem Iran etwa.

Inbetriebnahme verzögert sich

Das Zentrum auf dem Balmberg war 2018 im Schnitt zu 95 Prozent ausgelastet. An Asylsuchenden, welche die bis zu 450 Plätze in Prêles dereinst werden beanspruchen müssen, wird es im Kanton Bern auch nicht fehlen. Aktuell gibt es im Kanton Bern rund 570 Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid, die nach Prêles müssten.

Dass Fragen zum Betrieb und zur Umsetzung des Zentrums auf dem Tessenberg noch immer offen sind, dürfte besorgte Politikerinnen und Bürger kaum beruhigen. Letzten Herbst versprach das Migrationsamt einen Tag der offenen Tür im Frühjahr 2019, wo man die Öffentlichkeit umfassend informieren wolle. Das Zentrum hätte diesen Sommer in Betrieb genommen werden sollen. Die Inbetriebnahme scheint sich nun aber zu verzögern. Die Eröffnung sei «frühestens für die zweite Jahreshälfte 2019 vorgesehen». Es seien noch Fragen zur «zonenkonformen Nutzung» des Geländes sowie zum Betrieb und zu den Prozessen offen. Ausserdem müssten noch entsprechende Mitarbeitende rekrutiert werden, schreibt Aeschlimann.

Mehr Bilder aus dem Rückkehrzentrum Balmberg: balmberg.derbund.ch

Politischer Widerstand gegen Rückkehrzentrum

Links und rechts hat Vorbehalte zu den Plänen in Prêles. Diese Woche diskutiert der Grosse Rat darüber.

Grossräte der Grünen, AL, BDP, GLP, SP und SVP fordern den Berner Regierungsrat in einer Motion auf, vom Rückkehrzentrum Prêles abzusehen. Kritisiert wird die Strategie, abgewiesene Asylsuchende separiert unterzubringen. Erst recht, wenn das dafür vorgesehene Zentrum so abgelegen ist wie Prêles. Es sei mindestens «eine Alternative zum Standort Prêles in Zentrumsnähe» zu finden. Ähnliches fordern auch Freiwillige der «Aktionsgruppe Prêles». Sie stellen auch das Sparpotenzial infrage, das sich der Kanton durch das Zentrum verspricht. Die vorliegenden Informationen liessen vermuten, dass grosse ökonomische Risiken vernachlässigt würden. Rechnun-

gen des Kantons würden auf spekulativen Modellzahlen beruhen, schreibt Jürg Schneider, emeritierter Professor für strategisches Management an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Mitglied der Aktionsgruppe, in einem selbst verfassten Gutachten.

Die politische Rechte hingegen kritisiert nicht die Strategie der separaten Unterbringung, dafür den Standort und die Kosten. Zusätzliche Investitionen in das Zentrum dürfen nicht mehr als eine Million Franken kosten, fordern SVP-Grossräte in ihrem Vorstoss. Sie finden Prêles zudem kein geeigneter Standort und würden eine Ersatzlösung begrüssen. Sie finden das Zentrum zu gross für

den kleinen Ort, sorgen sich um Trinkwassermangel und ihre Sicherheit.

Ähnliche Widerstände kannte man auch im Kanton Solothurn: vor der Balmberg-Eröffnung und zuletzt 2015, als im Zuge der Flüchtlingswelle das Zentrum mit Betten im benachbarten Kurhaus erweitert wurde. «Es gab viele Diskussionen», erinnert sich Franziska Roth, Kantonsrätin und SP-Parteipräsidentin. Linke hätten die separate Unterbringung und Rechte die Kosten und die Standorte kritisiert. Heute sagt sie: «Der Balmberg war politisch schon lange kein Thema mehr.» Sie hätten die Praxis, wenn auch zähneknirschend, akzeptiert, «solange wir hinter den Verhältnissen

vor Ort stehen können». Zu dieser Akzeptanz beigetragen hat auch der Einbezug der Direktbetroffenen. Der Kanton rief 2015 eine rund zehnköpfige Begleitgruppe ins Leben. In Sitzungen, die bis heute halbjährlich stattfinden, diskutieren direkt betroffene Nachbarn und Nachbargemeinden ihre Anliegen im Zusammenhang mit dem Zentrum. «Es wird sehr offen kommuniziert», sagt Pascale von Roll, Gemeindepräsidentin der Standortgemeinde Balm bei Günsberg und Mitglied der Begleitgruppe. «Dieser Austausch hat sicher dazu beigetragen, dass heute Probleme mit dem Zentrum aktiv angegangen werden und Verständnis geschaffen werden kann.» (nfe)